

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/219

Bonn, den 18. November 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1

Pannen

47

Mehr Vorsicht und Zurückhaltung bei der militärischen Hilfe

Von Hans-Jürgen Wischnewski, MdB

2 - 3

Gleiches Schicksal - gleiches Recht

97

Um die Gleichstellung von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen

Von Lisa Korpeter, MdB

4 - 5a

Den Blick nach vorn gewandt

112

Zum Bundeskongreß der deutschen Jungsozialisten

Von Waldemar Ritter

6

Ein deutscher Publizist in Neu-Dehli

50

Besuch bei H. J. Bargmann

Von Wolfgang Schwabe, MdB

Chefredakteur Günter Markscheffel

Pannen

Mehr Vorsicht und Zurückhaltung bei der militärischen Hilfe
Von Hans-Jürgen Wischnewski, MdB

Die militärische Hilfe an Entwicklungsländer hat die Bundesregierung in den letzten Tagen in erhebliche Schwierigkeiten gebracht. Die afrikanische Republik Somalia hat die gemeinsam von der Vereinigten Staaten, von Italien und der Bundesrepublik angebotene militärische Hilfe in Höhe von etwa 70 Millionen DM abgelehnt und hat sich für eine sowjetische Hilfe von 120 Millionen DM (ungerechnet) entschieden. Die westliche Hilfe wurde abgelehnt, weil zu wenig zu spät angeboten wurde. Auf der anderen Seite hat sich das Verhältnis der Bundesrepublik zu Äthiopien wesentlich verschlechtert, weil wir den Sudan und Somalia überhaupt militärische Hilfe gewährt haben. In Äthiopien sind sogar Überlegungen angestellt worden, ob man unter Umständen aus diesem Grunde die Sowjetzone anerkennen sollte. In diesem Falle sind wir also in erhebliche Schwierigkeiten geraten, weil wir überhaupt militärische Hilfe geleistet haben.

Diese beiden Beispiele der letzten Tage beweisen, wie vorsichtig und zurückhaltend die Bundesrepublik bei militärischen Hilfen verfahren muß. Allerdings kann man es sich auch nicht so einfach machen, daß man jegliche militärische Hilfe ablehnt. Das würde bedeuten, den Kommunisten dieses Feld allein zu überlassen. Um weitere Schwierigkeiten zu vermeiden, müssen für die Gewährung von militärischer Hilfe konkrete Grundsätze aufgestellt werden. Dabei müssen folgende Punkte als Mindestforderung berücksichtigt werden:

1. Die Bundesregierung bietet von sich aus in keinem Falle militärische Hilfe an.
2. Ersuchen um militärische Hilfen an die Bundesrepublik werden nach sehr strengen Maßstäben geprüft.
3. An Länder, die sich in politischen oder militärischen Krisengebieten befinden, sowie an Länder, die mit ihren Nachbarn Grenzprobleme haben, darf keine militärische Hilfe von Seiten der Bundesrepublik gewährt werden. Von diesem Prinzip darf nur abgegangen werden, wenn es sich um Verteidigungsmaßnahmen gegenüber dem Kommunismus handelt.
4. Es ist in jedem Fall zu prüfen, ob nicht die Gefahr besteht, daß die militärische Hilfe zur Unterdrückung einer demokratischen Opposition im Lande selbst verwendet wird.
5. Die ständigen Belastungen, die für die Länder entstehen, die unsere militärische Hilfe in Anspruch nehmen, müssen für diese Länder volkswirtschaftlich zu verantworten sein.
6. Unsere militärischen Hilfsmaßnahmen müssen mit den besonders engagierten NATO-Verbündeten abgesprochen sein.

Einige bisher schon von der Bundesregierung durchgeführte Maßnahmen im Rahmen der militärischen Hilfe passen in dieses Grundsatzsystem leider nicht hinein.

Diese Grundsätze müssen sehr streng eingehalten werden. Übrigens nicht nur, wenn uns bestimmte Entwicklungsländer um Hilfe bitten, sondern auch, wenn unsere Verbündeten ein bestimmtes Engagement von uns erwarten. Nur so können in der Zukunft weitere Pannen vermieden werden.

Gleiches Schicksal - gleiches Recht

Um die Gleichstellung von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen

Von Lisa Korpeter, MdB

Bei der Beratung zur Flüchtlingsgesetzgebung hat sich das Parlament in den zuständigen Ausschüssen mit zwei Gesetzentwürfen zu befassen und zur Grundlage seiner Beratungen zu machen. Der eine ist der von der SPD-Bundestagsfraktion eingebrachte Gesetzentwurf, der einmal die rechtliche Gleichstellung der Flüchtlinge mit den Heimatvertriebenen und zum anderen eine gleiche Behandlung der Flüchtlinge untereinander, soweit gegen sie keine bestimmten Ausschließlichkeitstatbestände vorliegen, herbeiführt. Der andere ist der von der Bundesregierung eingebrachte Entwurf, genannt Flüchtlingshilfegesetz, der nur Hilfen für die Flüchtlinge vorsieht, die fürsorglichen Charakter haben. Der SPD-Gesetzentwurf unternimmt den Versuch, auf Grund der Zusicherung in den beiden ersten Regierungserklärungen eine soziale Gleichstellung der Flüchtlinge mit den Heimatvertriebenen zu realisieren.

Der frühere Bundesvertriebenenminister hat dies öfter in Fernsehen, im Rundfunk und auch vor den Flüchtlingen vor einer Alternative des Regierungsentwurfs zum Flüchtlingsgesetzentwurf der Opposition gesprochen, ja, er hat ihn als einen ersten Schritt zur rechtlichen Gleichstellung dargestellt. Diesen Äußerungen kann nicht nachdrücklich genug widersprochen werden, weil es eine Irreführung der öffentlichen Meinung ist und weil diese Äußerungen auch den Mitgliedern des Parlaments ein völlig falsches Bild über die wahren Tatbestände geben. Im Regierungsentwurf sollen die bisher nicht anerkannten Flüchtlinge lediglich an die sozialen Leistungen der anerkannten G-Flüchtlinge herangeführt werden, immer jedoch unter dem Gesichtspunkt fürsorglicher Voraussetzungen. Darüber hinaus unterteilt er die nicht anerkannten Flüchtlinge durch einen neuen Stichtag vom 31.12.1952 insofern, als alle diejenigen, die vor dem Stichtag in die Bundesrepublik gekommen sind, aus allen Leistungen ausgeschlossen bleiben. Wenn besonders in diesem Zusammenhang des Regierungsentwurfs von einem ersten Schritt gesprochen wird, ist es sicher nützlich, gerade zu dieser Regelung des Stichtages die Ausführungen in der Zeitschrift der Interessengemeinschaft der in der Zone enteigneten Betriebe, kurz ICB genannt, zur Kenntnis zu nehmen. Dort heißt es:

- * "Da die Tendenz des Flüchtlingshilfegesetzes in der jetzt
- * bekannten Form nicht eine Gleichmachung, sondern eine
- * Aussonderung gewisser Flüchtlingsgruppen aufweist, wird
- * ein späterer Gesetzgeber schwerlich die Einsicht gewinnen
- * können, weshalb er die bewusst herbeigeführte Differenzierung
- * in das Gegenteil verwandeln soll. Für einen ersten
- * Schritt zur Gleichstellung hätte es näher gelegen, die
- * Personengruppen untereinander anzugleichen, aber die
- * Leistungshöhe nur als eine erste Stufe mit dem ausdrück-
- * lichen Vorbehalt einer späteren Erweiterung zu regeln."

Der Entwurf der SPD schlägt dagegen vor, alle Flüchtlinge zu einer Gruppe mit gleichen Rechten und Vergünstigungen zusammenzu-

fassen und geht darüber hinaus vom Gleichheitsgrundsatz gegenüber den Heimatvertriebenen aus, das heißt, er will allen Flüchtlingen dieselben Rechte und Vergünstigungen geben wie sie den Heimatvertriebenen zustehen. Dort geht es also um Hilfe mit fürsorgerischem Charakter, hier geht es um ein Recht.

Zur Beurteilung der beiden Gesetzesentwürfe ist es sicher auch interessant, die Auffassung der Beratungsgestelle für Sowjetzonenflüchtlinge der Inneren Mission und des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Deutschland in der Information Nr. 121 vom September 1963 auszugsweise zu zitieren. Hier wird ausgeführt:

- * "Es kann nicht anzuzweifeln sein, daß der Entwurf eines
- * Flüchtlingshilfegesetzes sich in kleinen, in der Auswirkung aber
- * schwachen Gesetzesverbesserungen erschöpft, während die Ver-
- * wirklichung des Entwurfs zu einem neuen Flüchtlingsgesetz (ge-
- * meint ist die Drucksache IV/694) die ganze Rechtslage der
- * Flüchtlinge in eine neue Position bringen würde."

Bereits im Parlamentarischen Rat wurde darauf hingewiesen, daß das Problem der Vertriebenen und Flüchtlinge nicht ein Problem sei, das auf der Basis des Mitleids oder der Fürsorge, sondern einzig und allein auf der Basis des Rechts gelöst werden müsse, eines Rechts, das allgemein und von einzelnen gesehen ein gesamtdeutsches Problem sei. Hier sind also ausdrücklich die Sowjetzonenflüchtlinge in eine rechtliche Gleichstellung mit den Heimatvertriebenen einbezogen.

Auch der Staatsrechtler Professor Weber aus Göttingen hat in seinem Gutachten vom Mai 1960 auf die Einheitlichkeit der Ereignisse, von der beide Gruppen betroffen sind, hingewiesen und kam zu der Schlussfolgerung, daß sich vor dem Forum der Gesetzgebung eine unterschiedliche Behandlung in einer Besserstellung der Vertriebenen einerseits und einer Benachteiligung der Flüchtlinge andererseits nicht vertreten lasse.

Der Bundesgesetzgeber steht demnach vor einer ernststen Entscheidung. Er ist vor die Frage gestellt, ob er bereit ist, das Schicksal dieser beiden Personengruppen als ein gleiches Schicksal anzuerkennen und dementsprechend auch dem Flüchtling die rechtliche Gleichstellung mit den Heimatvertriebenen zu geben, die seinem Flüchtlings-schicksal entspricht oder ob er den Flüchtling weiterhin nach unterschiedlichen Rechtsgrundsätzen beurteilen und behandeln will.

Die Flüchtlinge stehen in ihrer Gesamtheit hinter dem Gesetzesentwurf der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, der die rechtliche Gleichstellung bringt und der den gemeinsamen Grundsatzforderungen aller Verbände entspricht. Das zeigte sich auch in aller Deutlichkeit bei den Gesprächen, die das Präsidium der SPD am 11.11.1963 mit allen Flüchtlingsverbänden führte.

Der Gesetzgeber sollte den Flüchtling nicht enttäuschen und sollte sich bei seinen Beratungen immer daran erinnern, daß es von den Flüchtlingen auch als ein Zeichen der nationalen Solidarität gewertet wird, wenn ihm in der Bundesrepublik die Stellung gegeben würde, die seinem Schicksal entspricht.

Dem Blick nach vorn gewandt

Zum Bundeskongreß der deutschen Jungsozialisten
Von Waldemar Ritter

"Freiheit in Gemeinschaft", das war das Thema des Bundeskongresses der deutschen Jungsozialisten in der deutschen Hauptstadt Berlin. Freiheit in Gemeinschaft, das hätte hier auch heißen können Profikritik und Bindung oder noch besser, Freiheit mit Verantwortung und Freiheit mit Leidenschaft und Augenmaß für die Gemeinschaft.

Die Vertreter der jungen Sozialdemokraten machten es sich nicht leicht, sie beanspruchten nicht den vieler Orten anzutreffenden Status eines Jugendverbandes: dessen pubertäre Aussagen man nicht ernst zu nehmen braucht. Hier wurde im Gegenteil klar zum Ausdruck gebracht, daß man die geleistete Arbeit und die politische Aussage auch verantworten will. Dabei wurde vor allem deutlich, daß der konstruktive Wille zur Mitgestaltung unseres politischen Lebens nicht nur aus den Augen der Delegierten abzulesen war - das wäre für einen politischen Jugendverband zu wenig gewesen -, sondern das hier der Mund geöffnet wurde und dadurch klar zum Ausdruck kam - auch dort wo es Gegensätze gab - was hier gewollt wurde.

Welcher politische Jugendverband will nicht der "Motor" der Befreiung oder der eigener Partei sein? Aber während wir noch vor einer Woche einen politischen Jugendtag erlebten, der den Rückwärtsgang eingeschaltet hatte, so wurde hier in Berlin nach vorne gefahren.

Offensive Demokratie

Dieser Tatbestand zeigte sich bereits in den Referaten des scheidenden Bundesvorsitzenden Holger Börner und des neugewählten Vorsitzenden Dr. Günther Müller, aber auch und gerade - und es ist wesentlich hier angemerkt zu werden - in dem Bericht des Bundessekretärs Horst Seefeld. Das alles wäre dennoch zweifellos nicht genug gewesen, denn die Bedeutung einer politischen Jugendorganisation zeigt sich darin, ob in ihr die politische Willensbildung durch lebendige Diskussion an der Sache geschieht. Und dieses Recht nahmen die Delegierten als ihre vornehmste Pflicht für sich in Anspruch. Kein Antrag, auch wenn er von einer noch so kleinen Kinderheit gestellt war, wurde einfach überstimmt, sondern man setzte sich mit ihr auseinander und kam dann zu klaren Stellungnahmen. So beispielsweise in der Notstandsfrage. Der Antrag von Hessen-Süd - dem Sentiment nach einer der vielen Anträge aus einem ganzen Paket dieses Bezirke - die Notstandsüberlegungen im ganzen als eine Gefährdung der Demokratie abzulehnen - wurde mit großer Mehrheit durch die bedingte Zustimmung zur Notstandsgesetzgebung auf der Grundlage der Beschlüsse des Kölner Parteitages der SPD ersetzt. Ebenso überwältigend hoch war die Zustimmung der Delegierten, es bei der Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft des SDS zu belassen.

Das und Ähnliches waren eigentlich nur Randfragen des Kongresses. Die entscheidenden Fragen der Zukunft wurden zuerst in den sechs Arbeitsgemeinschaften und dann wieder in Plenum eingehend behandelt. Was

wäre gerade in Berlin selbstverständlicher gewesen, als sich aufgrund der deutschen Situation 1963 mit der Frage der offensiven Demokratie zu beschäftigen. Deutsche Demokratie wurde von den Delegierten nicht mehr als Objekt, sondern als Subjekt in der Weltpolitik verstanden. Das bedeutet, daß die von der Demokratie erfüllte reale politische Macht ein Bestimmungsfaktor für die sowjetische Politik ist. Es liegt also, und das erkannte der Kongress sehr deutlich, insbesondere an den Sozialdemokraten, und hier auch an den deutschen Jungsozialisten, "den Umdenkungsprozess und somit die Revision der sowjetischen Deutschlandkonzeption aufzulösen und erstarrte Fronten wieder in Bewegung zu bringen."

Verzicht auf Ideologie

Den Jungsozialisten ist oft gesagt worden, viele junge Menschen, und wie man meinte, auch die in ihren eigenen Reihen wünschten eine "handwerkliche Ideologie". Schließlich hätten die Totalitären ein geschlossenes weltanschauliches System zu bieten, der Westen bietet Freiheit und mancher die Qual des Denkens. Aber gerade in dem bewußten Verzicht auf ein geschlossenes weltanschauliches System in der Abschaffung dieses Käfigs sahen die Delegierten den "höchsten Wert unserer demokratischen Lebensform".

Diese Frage fand u.a. ihren konkreten Ausdruck in der Schulproblematik. Man war der Auffassung, daß für Sozialdemokraten die Gemeinschaftsschule die Regalschule sein sollte, einigte sich aber mit Mehrheit darauf, daß "freies Elternrecht" in einer pluralistischen Gesellschaft beachtet werden sollte. Überhaupt wollen die Jungsozialisten den gesamten Komplex der Jugendpolitik, der Erziehungs- und Bildungsfragen, noch stärker als bisher in den Vordergrund der politischen Verantwortung gerückt wissen. Insbesondere die Forderungen in Fragen der Berufsausbildung, der Wissenschaftsförderung und der politischen Bildung wurden in den Mittelpunkt der Diskussionen über unsere Industriegesellschaft gestellt. Es war die feste Hoffnung des Kongresses, daß durch das Aufnehmen und Bewältigen der großen Gemeinschaftsaufgaben auch die Kräfte der Zusammengehörigkeit und der Gesinnung in unserer Volke gestärkt werden.

Weltweite Verbundenheit

Bei diesen innerpolitischen Aufgaben der jungen Generation und aller Generationen zusammen erkannten die Delegierten ihre Verpflichtung, der Gedanken einer weltweiten Verbundenheit junger Menschen über alle Nationen hinweg zu vertiefen. Im konkreten bedeutete das die Verstärkung der Beschlüsse ihres Europakongresses vom Juni dieses Jahres, in denen die Jungsozialisten für die Vereinigung Europas als eines der wichtigen Mahziele der Politik eintraten. Die wirtschaftliche Integration der sechs dürfte nicht zum Selbstzweck werden, "sie soll Ausgangspunkt für die Schaffung

eines europäischen Bundesstaates sein, der allen demokratischen Staaten Europas offensteht und der über demokratisch gewählte und kontrollierende Organe verfügt". Die Jungsozialisten wiederholten dabei ihre Forderung, die deutschen Abgeordneten für das Parlament in allgemeinen direkten Wahlen zu wählen und dem europäischen Parlament Gesetzgebungs- und Haushaltsrechte zu gewähren. Sie betonten auch, daß eine verstärkte Jugendbegegnung zwischen Frankreich und Deutschland nicht auf Kosten anderer Länder gehen darf und verlangten die Zusicherung, daß die Jugendbegegnung der Völker nicht von der Ministerialbürokratie organisiert wird, sondern den Kräften überlassen bleibt, die auf bestehenden Kontakten aufbauen können.

Das Plus junger Sozialdemokraten

Freilich, man braucht nicht mit allem zufrieden zu sein, was bisher geleistet, und wie einige Fragen bisher angepackt wurden, aber das wissen die deutschen Jungsozialisten und sie brachten das auch selbst auf ihrem Kongreß zum Ausdruck. Hier liegt ein großes Plus der jungen Sozialdemokraten, die es nicht nötig haben, selbstgefällig zu sein. Ihre besondere Verantwortung liegt bei der jungen Generation Deutschlands, eine Generation, die sich mit Abstand für die SPD erklärt.

Die größere Gemeinschaft der deutschen Jungsozialisten ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die in der Gemeinschaft des deutschen Volkes die höhere Verantwortung trägt. Die Begeisterung, die die große Rede Fritz E r l e r s auf dem Kongreß auslöste, bestärkte diesen Tatbestand.

Was Fritz Erler als allgemein gültigen Grundsatz nannte, das nämlich der größeren Gemeinschaft nur derjenige dienen könne, der seine eigenen Aufgaben getreulich erfüllt, das wird man nach diesem Kongreß den deutschen Jungsozialisten mit Freude und Genugtuung bescheinigen.

+ + +

Ein deutscher Publizist in Neu-Delhi

Besuch bei H.J. Bargmann

Von Wolfgang Schwabe, MdB

In der indischen Hauptstadt Neu-Delhi sind wohl über 500 Journalisten bei der Regierung akkreditiert. 110 von ihnen sind Auslandskorrespondenten der Agenturen, Rundfunkstationen und Zeitungen aus aller Herren Länder, aus Ost und West. Präsident der Vereinigung der Auslands- presse in Indien ist Hans-Joachim Bargmann (36), der Repräsentant der Deutschen Presseagentur und des Deutschlandfunks.

Rings um den aus rotem Wüstensandstein errichteten Riesenkuppelbau des indischen Parlaments verläuft eine nach außen offene Säulenhalle. Wer an Sitzungstagen diesen imposanten Wandelgang mit H.J. Bargmann durchschreitet, wird nicht nur vor ihm selbst über alles Wissenswerte informiert, sondern lernt mit Gewißheit auch eine Menge interessanter Persönlichkeiten aus Politik und Publizistik kennen.

Wie lebt ein deutscher Journalist in Neu-Delhi? In der heißen Stadt und angesichts der vielseitigen, anstrengenden Tätigkeit, ist ein gepflegtes Heim die selbstverständliche Voraussetzung. Mit Frau Renate und Sohn Christian (6) bewohnt Bargmann eine hübsche Villa in einem der neuen Stadtteile, die im letzten Jahrzehnt entstanden sind. Koch und Kindermädchen gehören ebenso selbstverständlich zur achtköpfigen Bedienstetenschar wie der Nachtwächter, den man sich hier vorsorglich hält.

Wie fast alle Europäer kann auch unser Gastgeber nicht der Versuchung widerstehen, asiatische Kunstgegenstände und Andenken zu sammeln. Die Wände und Schränke der geräumigen Achtzimmervilla haben inzwischen schon bald Ausmaß und Gepräge der Ostasienabteilung eines mittleren Provinzmuseums angenommen.

Anhang der einzelnen Stücke wird offenbar, daß ein Auslandsbericht- ersatter nicht nur in der vergleichsweise komfortablen Hauptstadt sei- nes Gastlandes lebt; die Notwendigkeit der direkten Information führt den verantwortungsbewußten Journalisten in die jeweils aktuellen Gebiete seines Berichtsbereiches; auch Beylon, Nepal und Burma gehören zum Arbeitsgebiet des apa-Vertreters in Indien. Das Lieblingsstück in der so entstandenen Sammlung dürfte ein goldbronzenes Buddha aus Tibet sein; er ist vor 400 Jahren entstanden und wurde dem Hausherrn von einem wohlwollenden Manapriester an der tibetischen Grenze geschenkt. Das Gegenstück ist eine Daka aus dem Himalayekönigreich Nepal. Die ebenfalls goldbronzene Daka ist eine Art Doppel-Janus; mit vier freundlichen Gesichtern schaut sie nach allen Seiten des geräumigen Arbeitszimmers. Ein wenig besorgt erscheint indessen ihr nach Norden gerichteter Blick; an der Wand über dem Schreibtisch hängen die aktuellen Informationsland- karten der indischen Regierung. Die 5000 km lange Himalayagrenze und die chinesischen Aggressionen sind die wahrhaft drängenden Probleme die- ses Landes und dieser Zeit.

Beim Abschiedstrunk an der urgemütlichen Hausbaracke aus Barbusholz sprechen wir von gemeinsamen Bekannten, die vor mir hier zu Gast waren. Willy Brandt, Kurt Mattick und Willi Eichler gehören dazu, ebenso wie Dr. Heinrich von Brentano; die deutsche Leichtathletikmannschaft hat ihre Autogramme auf zwei Miniaturrennschuhen verewigt, wobei auch Ver- bandspräsident Dr. Danz nicht fehlt.

Wir nehmen Grüße mit nach Deutschland und darüber hinaus auf; neu ist die Erkenntnis, daß ein Land draußen in der Welt nicht nur durch seine Diplomaten, sondern auch durch seine Publizisten repräsentiert wird.